

Scheiden tut not

LEITARTIKEL Der Staat muss auf Distanz zur katholischen Kirche gehen. Sonst lernt sie nie etwas aus den Missbrauchsskandalen. Und die Demokratie nimmt Schaden.



Papst Benedikt XVI.
2010

Als Deutschland noch Papst war, im September 2011, sprach Benedikt XVI. im Freiburger Konzerthaus einmal ausführlich darüber, wie wichtig es sei, dass sich die Kirche von materiellen und politischen Lasten und Privilegien befreie.

Der Papst beschrieb die Geschichte seiner Institution, die Enteignungen im Lauf der Jahrhunderte, die Streichung von Pfründen, die Wellen der Säkularisierung fast als ein Glück. Sie hätten, sagte Benedikt, Läuterung und innere Reformen erzwungen, ja sie hätten es der Kirche ermöglicht, sich wieder auf wahrhaft christliche Weise der Welt zuzuwenden.

Nun, in diesem Sinne sollte ihr heute wieder geholfen werden.

Eine grundlegende Entflechtung von Staat und Kirche ist das Gebot der Stunde. Eine Trennung der Sphären, die den Namen verdient, ist überfällig. Wenn damit am Ende auch der Kirche geholfen wäre, bitte sehr, nichts dagegen. Vor allem aber muss der demokratische Rechtsstaat Interesse daran haben, die allzu engen Bande mit einer Organisation zu lösen, die seine Autorität fortlaufend untergraben hat und sich in Teilen geradezu sektenhaft jedem gesellschaftlichen Wertewandel verweigert. Zugehörige Baustellen gibt es viele.

Sie reichen teils zurück in Zeiten, in denen Menschen noch mit gepudertem Kopf zum heiligen Abendmahl schritten. Die sogenannten Staatsleistungen etwa, in der Verfassung von Weimar festgeschrieben und später ins Grundgesetz übernommen, sind ein Ausfluss der Enteignungen aus napoleonischer Zeit, anders gesagt: Der deutsche Staat zahlt den beiden großen Kirchen seit mehr als 100 Jahren üppige Wiedergutmachungen für Schäden, die vor weit mehr als 200 Jahren angerichtet wurden, zuletzt flossen rund 590 Millionen Euro jährlich. Es gibt

einen Gesetzentwurf von FDP, Linken und Grünen von 2021, wie diese welthistorischen Reparationen abgelöst werden könnten. Die Ampelkoalition müsste ihn eigentlich nur übernehmen.

Zweite Großbaustelle: die Kirchensteuer. Dass der Staat für die Kirchen die Mitgliedsbeiträge eintreibt wie irgendein bezahlter Dienstleister, mag verwickelte historische Gründe haben, widerspricht aber trotzdem heutigen Vorstellungen von staatlicher Neutralität und Würde. Auch hier entsteht der Eindruck einer schädlichen Nähe, der auf das Konto derer einzahlt, die ohnehin gern Stimmgewinn gegen »die da oben« machen und keinen Unterschied zwischen Amtsträgern im Anzug oder im Talar.

Größte Baustelle: die Unterstützung der staatlichen Autoritäten bei der Verfolgung schwerwiegender Straftaten. Das Schweigekartell der Kirchen, das die strafrechtliche Aufklärung des sexuellen Missbrauchs von Kindern und Jugendlichen jahrzehntelang verhindert hat, muss weiter aufgebrochen werden. Das Vertuschungssystem unterminiert das Vertrauen nicht nur in die Kirche, sondern, was viel schlimmer ist, in unser Rechtssystem.

Was für VW, die Börse oder gar das Bundesfinanzministerium gilt, dass bei begründetem Verdacht die staatsanwaltliche Kavallerie mit Durchsuchungsbeschlüssen anrückt, scheint beizeiten für die Kirchen nicht gelten zu haben. Der Eindruck skandalöser Schonung darf nicht bestehen bleiben. Die Kirchen sind kein Staat im Staate mehr.

Es gibt keinen Grund mehr für Rücksicht. Die katholische Kirche, in Überlebenskämpfen seit Jahrhunderten geübt, blickt in einen Abgrund, den sie sich selbst gegraben hat. Auch ihre allein in Deutschland mehr als 22 Millionen Mitglieder wünschen sich den Wandel. 57 Prozent von ihnen halten die eigene Kirche für »nicht vertrauenswürdig«, drei Viertel finden die Aufarbeitung der Missbrauchsfälle mangelhaft. So, wie es ist, kann es also nicht bleiben.

Und das gilt, auf andere Weise, ebenso für die Demokratie. Auch sie steht in diesen Zeiten multipler Krisen unter gewaltigem Druck. An ihrer Handlungsfähigkeit bestehen, zumindest bei einer nennenswerten Minderheit von Bürgerinnen und Bürgern, gefährliche Zweifel. Die Systemfrage geht um, Zweifel an der Lauterkeit von Politik, an der Ehrlichkeit der Akteure. Zu erleben ist eine Erosion politischer Gewissheiten, selbst in den Reihen der vernünftigen Mehrheit.

Der Staat muss sich emanzipieren von den Fesseln abgelebter Traditionen. Die Trennung von Staat und Kirche, eine Errungenschaft der Moderne, hat es noch immer nicht ins Grundgesetz geschafft, und im wahren Leben wird viel gemauschelt. Die Demokratie braucht aber Abstand zu einer Massenorganisation, die sich offenbar dafür entschieden hat, im 21. Jahrhundert nicht ankommen zu wollen. Sonst sieht sie sehr schnell selber wie von gestern aus.

Ullrich Fichtner

Die katholische Kirche blickt in einen Abgrund, den sie sich selbst gegraben hat.